https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/neben-gas-knappheit-droht-jetzt-auch-noch-ein-strom-problem-18196240.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE 26.7.2022

Jetzt droht auch noch ein Stromproblem

Niemand will frieren im Winter. Die Menschen denken um – und kaufen massenhaft Heizlüfter. Fachleute warnen vor einer „extremen Belastung für die Stromnetze".

So hatte sich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck das nicht vorgestellt: Zwar ist es sein erklärtes Ziel, dass in Deutschland künftig mit Strom statt mit Gas und Öl geheizt wird. Doch was sich dieser Tage in Deutschland abspielt, ist so gar nicht im Interesse des Grünen. Denn die Menschen versuchen nicht nur, eine der von Habeck präferierten Wärmepumpen zu bekommen – samt einem Handwerker, der sie einbaut. In weitaus größerer Zahl versuchen sie, in Baumärkten oder bei Onlinehändlern noch einen Heizlüfter zu ergattern. In vielen Geschäften sind die Geräte inzwischen ausverkauft. Angesichts der geringen Gaslieferungen aus Russland und der Energiesparpläne der Regierung ist offenbar die Sorge groß, sonst im Winter frieren zu müssen. ……

Energiefachleute beobachten diese Entwicklung mit Sorge. „Wenn an kalten Winterabenden millionenfach Heizlüfter angeworfen werden, kann das für das Stromnetz gefährlich werden", sagt Marco Wünsch, Bereichsleiter Strom beim Analysehaus Prognos.

„Selbst wenn nur 10 Prozent der Gashaushalte zusätzlich mit Strom heizen, würde das die Spitzenlast im Netz deutlich nach oben treiben." Wünsch macht dazu folgende Rechnung auf: Etwa jede zweite Wohnung in Deutschland wird mit Gas beheizt, das sind rund 20 Millionen. Davon 10 Prozent sind 2 Millionen Wohnungen. Heizlüfter hätten im Schnitt eine Leistung von 2000 Watt. Um zwei kleine Zimmer oder ein größeres warm zu bekommen, brauche es zwei davon. In der Beispielrechnung würden an besagtem Winterabend 8000 Megawatt Strom zusätzlich benötigt. „8

Gigawatt zusätzlich bei einer normalen Höchstlast von 85 Gigawatt: Das ist nicht ohne", sagt Wünsch. ….

https://www.welt.de/politik/deutschland/article240157089/Buergermeister-sprechen-sich-fuer-Nutzung-von-Nord-Stream-2-aus.html 28.7.2022

Bürgermeister sprechen sich für Nutzung von Nord Stream 2 aus

„Der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg, sich von den Energieträgern Russlands zu trennen, ist nicht der Richtige", heißt es in einem Schreiben von Kommunalpolitikern. Um die Energiesicherheit zu gewährleisten, bringen sie Nord Stream 2 ins Spiel.

Kommunalpolitiker von der Insel Rügen haben in einem Schreiben an Landes- und Bundesregierung die Nutzung der umstrittenen Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 vorgeschlagen. Der Brief, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt, ist von sieben Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen unterschrieben. Wie der Sassnitzer Bürgermeister Frank Kracht (parteilos) am Mittwoch der dpa schrieb, hätten es nachträglich noch mehrere weitere Gemeinden unterzeichnet. Zuvor hatte der NDR darüber berichtet.

Es gehe nicht darum, Nord Stream 2 „auf Krampf" wieder zu aktivieren. Vielmehr gehe es um dauerhafte Energiesicherheit, sagte Kracht. Wenn es technische Schwierigkeiten gebe, diese etwa über die Pipeline Nord Stream 1 zu gewährleisten, müsse man neue Wege finden. Nord Stream 2 sei eine Möglichkeit. …….

Mit Blick auf den Angriff Russlands auf die Ukraine heißt es in dem Schreiben der Bürgermeister, man verurteile „auf das Schärfste dieses Kriegsgeschehen". Dennoch gelte es abzuwägen, wie groß die Schäden für die Bevölkerung und die Wirtschaft in der eigenen Region werden könnten.

Das Schreiben ging Kracht zufolge unter anderem an die Schweriner Staatskanzlei sowie an den Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). ….

https://opposition24.com/politik/stromknappheit-erster-politiker-fordert-fahrverbot-fuer-e-autos-in-oesterreich/ 27.7.2022

Stromknappheit: Erster Politiker fordert Fahrverbot für E-Autos in Österreich

St. Pölten – In Österreich sind mit Stichtag Ende Juni 91.306 rein elektrisch betriebene Pkw in Betrieb. Der durchschnittliche Verbrauch dieser Autos liegt laut Herstellerangaben bei circa 18 kWh/100 km. Rechnet man jetzt eine durchschnittliche Kilometerleistung von 14.000 pro Jahr, so verbraucht jedes in Österreich zugelassene E-Auto somit 2.520 kWh pro Jahr. Zum Vergleich: Ein durchschnittlicher 3-Personenhaushalt verbraucht pro Jahr zwischen 2.500 und 2.900 kWH.

„Ein E-Auto verbraucht somit pro Jahr in etwa gleich viel Strom wie ein Haushalt", sagte der freiheitliche Wirtschaftssprecher LAbg. Ing. Mag. Reinhard Teufel aus Niederösterreich. „Angesichts dieser Zahlen muss man nicht darüber diskutieren ob wir kalt duschen, einen Deckel auf den Kochtopf geben, oder weniger heizen sollen. Es würde völlig reichen ein Fahrverbot für die stromfressenden E-Mobile auszusprechen", zeigte Teufel realistische Alternativen zu den weltfremden Vorschlägen der grünen Energieministerin auf.

Es stelle sich weiters die Frage inwieweit staatliche Förderungen von E-Mobilität angesichts der zu erwartenden Stromknappheit sinnvoll seien. Könnte man doch eine Stadt wie Wiener Neustadt mit der für die E-Autos verschwendete Energie zwei Jahre lang mit Strom versorgen, sagte Teufel. „Wegen der drohenden Stromknappheit sollten die Bundesregierung und die Länder ihre diesbezüglichen Förderungen sofort einstellen, denn sie sind kontraproduktiv", betonte Teufel. …….

https://ansage.org/es-geht-los-erneut-stundenlange-stromausfaelle-in-deutschland/ 26.7.2022

Es geht los: Erneut stundenlange Stromausfälle in Deutschland

Ja, das könnte tatsächlich die Zukunft sein: Größere Stromausfälle in Teilen Baden-Württembergs seit heute Vormittag, vor allem in Hechingen, Bisingen, Grosselfingen und Jungingen im Zollern-Alb-Kreis, geben einen Vorgeschmack auf das, was uns womöglich bald flächendeckend drohen wird. Ohne bislang den genauen Grund dieses regionalen „Malheurs" zu kennen (welcher ohnehin wieder einmal politisch angepasst, ergo heruntergespielt werden wird), wissen wir, dass dies beileibe kein Einzelfall mehr ist und sich solche Zwischenfälle mehr und mehr häufen (siehe etwa hier, hier oder hier, um nur wenige Beispiele ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit zu nennen). Erschwerend kommt hinzu, dass inzwischen bei derartigen Vorfällen weder der Kommunalpolitik noch den Medien mehr zu trauen ist.

Nicht ohne Grund werden die Bürger angewiesen, bei solchen Ereignissen nicht mehr bei der Polizei oder anderen Behörden nachzufragen – angeblich, um die Notfall-Leitungen nicht zu überlasten. In Wahrheit soll man sich wohl an allfällige Blackouts als Normalzustand gewöhnen.

Tatsache ist: Immer weniger große Erzeuger stehen zur Verfügung, die Zwangssynchronisation funktioniert nicht mehr ausreichend, zudem werden die Netze aufgrund der Blindleistung und volatiler Einspeisung durch Kleinerzeuger zunehmenden Irritationen ausgesetzt, die sich sogar zu gefährlichen Spannungsschwankungen ausweiten können. Oft ist dann ein „Notlauf" die logische technische Folge – oder es folgt eben, sicherheitshalber, gleich die Zwangsabschaltung. Nur so lassen sich größere Schäden oder Brände im System vermeiden.

Bezogen auf die Versorgungssicherheit Deutschlands bedeutet dies für die nahe Zukunft konkret: Stundenlange Blackouts oder reihenweise punktuelle Stromausfälle – jeweils für mehrere Stunden oder gar Tage; so

lange eben, bis das Netz nach Ermittlung der Ursache wieder hochgefahren werden kann.

Schon jetzt werden zur Netzstabilisation alte Generatoren im Megawattbereich als Substitute betrieben – Diesel- oder Gasgeneratoren wohlgemerkt, vereinzelt auch Gasturbinen. Auch sollen, wie man hört, bereits stillgelegte Kohlekraftwerke wieder angefahren werden. THW, Feuerwehr, Bundeswehr und andere Hilfswerke benutzen zum Teil mehrere Jahrzehnte altes Diesel-Fahrzeugmaterial und bewusst keine E-Modelle – weil sie der neuen, elektrischen Zukunft gründlich misstrauen und im Falle von Stromausfällen vorsorglich gewappnet sein wollen, bevor am Ende Menschenleben gefährdet werden. ……

https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/energiekrise-tempolimit-akw-laufzeitverlaengerung-kuhhandel-100.html 19.7.2022

Politischer Kuhhandel: Tempolimit gegen längere AKW-Laufzeiten?

Die CDU bietet der Ampel-Koalition ein politisches Tauschgeschäft an: Längere Laufzeiten der Kernkraftwerke gegen ein temporäres Tempolimit. Was als neuer Pragmatismus der Union daherkommt, verschärft die inneren Konflikte der Bundesregierung. Während die Grünen zuletzt bei Gas und Kohle über ihren Schatten gesprungen sind, bleibt die FDP beim dogmatischen Nein zum Tempolimit.

Den Vorschlag für ein temporäres Tempolimit platzierte Unions-Fraktionsvize Jens Spahn zur besten Talkshowzeit am Sonntagabend bei "Anne Will". Wahrscheinlich weitgehend überrascht lauschten über 2,5 Millionen Zuschauer, wie der Ex-Gesundheitsminister mit dem Angebot zum Tempolimit auf Autobahnen ein Dogma seiner Partei abräumte. …….

Was Spahn als neuen Pragmatismus verkaufen möchte, heizt vor allem den Streit in der Koalition an, mit welchen Maßnahmen man einer

Energie- und vor allem Gaskrise entgegenwirken will, ohne dabei die Klimaziele nicht noch weiter aus den Augen zu verlieren. …..

https://www.youtube.com/watch?v=EocARCF7tAE 27.7.2022

Achtung, Reichelt!

Habeck und die „Letzte Generation": Steuergeld für diesen Wahnsinn!

Die Grünen dulden Rechtsbruch nicht nur, sie rechtfertigen, verteidigen und finanzieren ihn vollkommen unverhohlen, wenn er in ihr Weltbild passt. 156.420 Euro – das ist die Summe, mit der das Wirtschaftsministerium von Robert Habeck einen Verein unterstützt, der den durchgeknallten Aktivisten der „Letzten Generation" und ihren offenkundig rechtswidrigen Aktionen ihre Finanzierung ermöglicht. Der Verein ist so etwas wie eine Bank für grüne Gesetzesbrecher, die nirgendwo sonst ein Konto bekommen würden. Habeck fördert mit unserem Steuergeld also die Auto-Hasser, die uns davon abhalten, morgens pünktlich zur Arbeit zu kommen. Nicht der einzige Auto-Aufreger in diesen Tagen. Der neueste grüne Propaganda-Irrsinn: Mit einem Tempolimit gegen Waldbrände kämpfen …

https://www.merkur.de/wirtschaft/gas-krise-news-ticker-nord-stream-lieferung-putin-russland-eu-habeck-zr-91688801.html#id-pageApi-energiesparplankretschmann 28.7.2022

Gas-Krise: Kretschmann stellt Sparplan vor - Klimaanlagen, Warmwasser, Aufzüge und „Energiesparbüchle"

Update vom 26. Juli, 14.02 Uhr: Aufgrund der brenzligen Gas-Lage hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann nun eine deutliche Ansage an Baden-Württembergs Bürger. „Energiesparen ist jetzt erste Bürgerpflicht", erklärte er laut Bild-Bericht.

Daher soll ein Plan helfen, durch den 20 Prozent Energie eingespart werden soll. Diesen hat er beim Krisengipfel-Gas am Montag (25. Juli) mit Vertretern von Landesregierung, Kommunen, Arbeitgebern, Gewerkschaften, Handwerk, Energieversorgern und Verbraucherschützern verabschiedet. Die wichtigsten Schritte aus Kretschmanns Sparplan:

Die Temperatur in Büros der Landesverwaltung wird auf das gesetzliche Minimum, also 18 Grad, gesenkt. Auch Privatunternehmen sollen im Einzelfall mitziehen.

Klimaanlagen werden grundsätzlich abgestellt, außer an extremen Hitzetagen.

Wo möglich wird auf die Nutzung von Aufzügen, Heizlüftern und Ventilatoren verzichtet.

Bei Duschen in Dienstgebäuden wird auf wassersparende Duschköpfe gesetzt.

Warmwasser soll es nur dort geben, wo es notwendig ist. In Sanitärbereichen soll das Warmwasser komplett abgestellt werden.

Geheizt wird kontinuierlich und es wird auf smarte Heizungssteuerung gesetzt.

Es wird auf LED-Leuchten, statt auf normale Glühbirnen gesetzt. Zudem soll automatisch abschaltbare Beleuchtung beim Energiesparen helfen.

Auch Home-Office, Desk-Sharing und Fahrgemeinschaften sollen dabei helfen, Energie einzusparen.

Ein „Energiesparbüchle" soll bereitgestellt und durch Schornsteinfeger, Sanitär-, Heizungs- und Klimabetriebe verteilt werden. …..

https://www.focus.de/reisen/das-chaos-an-den-flughaefen-verschaerft-sich_id_122571157.html 24.7.2022

Tausende Urlauber im Stich gelassen

Chaos an den Flughäfen: „Das Bild, das Deutschland abgibt, ist desaströs"

Verpasste Flüge, stundenlanges Warten auf das Gepäck, Personalengpässe bei den Sicherheitskontrollen: Warum die große Industrienation Deutschland in den Ferienzeiten Tausende Urlauber durch ein Komplettversagen an den Airports im Stich lässt – eine Reportage.

Zahlreiche Reisende scheitern am Personalmangel bei den Dienstleistern für die Gepäckabfertigung und Airlinern wie Eurowings, die Flüge ersatzlos streichen. „Das Bild, das Deutschland derzeit international abgibt, ist desaströs", meint Michael Falter, „die einst große Handelsnation ist noch nicht einmal in der Lage, den geregelten Flugverkehr in Stoßzeiten zu garantieren."

Dabei haben der Anwalt und seine Freundin am Freitagnachmittag alles richtig gemacht. Drei Stunden vor Abflug fahren die beiden Kölner mit einem Share-Now-Wagen gegen 15 Uhr vor. „Da aber standen die Reisenden bereits draußen vor den Terminals in langen Schlangen", berichtet Falter.

Die Sicherheitsschleuse – ein unüberwindbares Hindernis

Die beiden Passagiere führen einzig Handgepäck mit sich, eingecheckt haben sie bereits bei Ryanair per Mail. Eigentlich müssen sie also nur noch durch die Sicherheitsschleuse. Doch der Weg dorthin entpuppt sich als unüberwindbares Hindernis. ……..

18 Uhr. Eine weitere Schlange kommt dem Anwalt und seiner Partnerin entgegen. Die Mienen der Reisenden verheißen nichts Gutes. Bald wird klar, dass die Urlauber den Abflug nicht mehr erreicht hatten. „Da erzählten einige, dass sie bereits fünf Stunden vorher am Flughafen gewesen waren, es aber nicht geschafft hatten", erinnert sich der Jurist. Und nun müssen diese Gestrandeten erneut stundenlang in einer Schlange

stehen, um ihr Gepäck in Empfang zu nehmen. Michael Falter schwant Übles. Würden sie den Jet nach Valencia noch erreichen?

18.45 Uhr. Eine Anzeigentafel blinkt. Die Maschine nach Valencia hat ihr Boarding mit einstündiger Verspätung abgeschlossen. Zu dem Zeitpunkt stehen der Anwalt und seine Lebensgefährtin nahe einem Bäckereistand – etwa 80 Meter vom Eingang zu den Sicherheitsschleusen entfernt. Bedient drehen die beiden ab und fahren nach Hause.

Michael Falter funkt noch am Abend die Flughafenleitung an, verlangt Aufklärung über das Versagen. Dort macht man die Bundespolizei für die Misere an Sicherheitscheck verantwortlich. Diese habe einen Dienstleister beauftragt, „welcher derzeit mit Personalmangel kämpft". Als Flughafenbetreiber habe man „aus vertraglichen Gründen … keine Möglichkeiten der Einflussnahme".

Und so zieht sich die Chaoswelle immer weiter durch die Abflugterminals in der Republik. Niemand will es gewesen sein. Am Samstag eskaliert die Lage. Die Landespolizei muss am Flughafen Köln/Bonn aushelfen, weil etliche Reisenden angesichts der langen Wartezeiten randalieren.

Das Phänomen greift weit über Rhein und Ruhr hinaus. In den vergangenen Wochen herrschte auch an Deutschlands größtem Flugdrehkreuz in Frankfurt/Main mitunter ein heilloses Durcheinander. Zum Ferienstart in Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz an diesem Wochenende wurde eigens der Flugverkehr ausgedünnt.

Allein die Lufthansa hat für Juli und August in der Hessenmetropole und in München 6000 Flüge abgesagt, weil laut der Hessenschau am Flughafen infolge vieler Entlassungen während der Corona-Pandemie zu wenig Personal vorhanden ist. …